



Herbstprognose 2019: Schwierigeren Zeiten entgegen

Brüssel, 7. November 2019

[European Economic Forecast Autumn 2019](#)

Die europäische Wirtschaft wächst nun das siebte Jahr in Folge und dürfte auch 2020 und 2021 weiter Wachstum verzeichnen. Die Arbeitsmärkte bleiben robust und die Arbeitslosigkeit geht weiter zurück. Allerdings fördern die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen das Wachstum weit weniger als zuvor, und die Unsicherheit ist hoch. Dies trifft vor allem das verarbeitende Gewerbe, das außerdem strukturelle Veränderungen durchläuft. Der europäischen Wirtschaft könnte daher eine längere Phase mit gedämpfterem Wachstum und geringer Inflation bevorstehen.

Der aktuellen Prognose zufolge wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Euroraums 2019 um 1,1 % und in den Jahren 2020 und 2021 um jeweils 1,2 % wachsen. Gegenüber der (im Juli veröffentlichten) Sommerprognose 2019 wurde die Wachstumserwartung für 2019 um 0,1 Prozentpunkt (von vormals 1,2 %) und für 2020 um 0,2 Prozentpunkte (von ehemals 1,4 %) herunterschraubt. Für die EU insgesamt wird für die Jahre 2019, 2020 und 2021 nun ein BIP-Wachstum von 1,4 % erwartet. Auch hier war für 2020 im Sommer noch ein Wachstum von 1,6 % prognostiziert worden.

Dazu Valdis **Dombrovskis**, Vizepräsident für den Euro und den sozialen Dialog, außerdem zuständig für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und die Kapitalmarktunion: *„Bislang hat sich die europäische Wirtschaft trotz ungünstigerer weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen als robust erwiesen: Die Wirtschaft ist weiter gewachsen, es wurden neue Arbeitsplätze geschaffen und die Binnennachfrage ist nach wie vor kräftig. Doch könnten nun schwierigere Zeiten anbrechen, d. h. eine Phase, die durch große handelskonfliktbedingte Unsicherheit, durch zunehmende geopolitische Spannungen, durch eine anhaltende Schwäche des verarbeitenden Gewerbes und durch den Brexit gekennzeichnet ist. Ich rufe alle EU-Mitgliedstaaten mit hohem öffentlichen Schuldenstand dringend dazu auf, die vorsichtige Finanzpolitik fortzusetzen und die Schuldenstände kontinuierlich abzubauen. Demgegenüber sollten Mitgliedstaaten mit haushaltspolitischem Spielraum diesen auch nutzen.“*

Pierre **Moscovici**, EU-Kommissar für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zoll: *„Der Prognose zufolge sollen alle Volkswirtschaften in der EU trotz zunehmenden Gegenwinds in den kommenden zwei Jahren weiter wachsen. Die Fundamentaldaten der EU-Wirtschaft sind solide: Nach sechs Jahren anhaltenden Wachstums liegt die Arbeitslosigkeit in der EU auf ihrem seit der Jahrtausendwende niedrigsten Stand und das Defizit aggregiert unter 1 % des BIP. Doch dürfen wir uns angesichts der vor uns liegenden Herausforderungen nicht auf dem Erreichten ausruhen. Vielmehr werden wir alle politischen Hebel nutzen müssen, um Europa widerstandsfähiger zu machen und das Wachstum zu stützen.“*

Wachstum wird von binnenorientierten Branchen abhängen

Der anhaltende Handelskonflikt zwischen den USA und China und die hohe politische Unsicherheit, insbesondere im Handel, bremsen die Investitionen, das verarbeitende Gewerbe und den internationalen Handel. Da das BIP-Wachstum weltweit schwach bleiben dürfte, wird das Wachstum in Europa von der Stärke eher binnenorientierter Branchen abhängen. Diese wiederum werden auf einen das Lohnwachstum stützenden Arbeitsmarkt, günstige Finanzierungsbedingungen und eine in einigen Mitgliedstaaten konjunkturfremdliche Fiskalpolitik angewiesen sein. Auch wenn voraussichtlich alle Mitgliedstaaten weiterhin ein Wirtschaftsplus verbuchen können, dürften die binnenwirtschaftlichen Faktoren allein doch kaum ausreichen, um ein kraftvolles Wachstum zu erzeugen.

Arbeitsmärkte dürften robust bleiben, Verbesserungen aber langsamer eintreten

Die EU-weite Schaffung von Arbeitsplätzen wurde durch die veränderten Rahmenbedingungen erstaunlich wenig beeinträchtigt. Dies liegt zum Teil daran, dass sich wirtschaftliche Entwicklungen in der Regel erst nach gewisser Zeit auf die Beschäftigung niederschlagen, aber auch daran, dass sich die Beschäftigung in Richtung Dienstleistungssektor verlagert. Die Beschäftigung verzeichnet ein Rekordhoch, und die Arbeitslosigkeit ist in der EU so niedrig wie seit der Jahrtausendwende nicht mehr. Auch wenn per Saldo nicht mehr so viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden, wird die Arbeitslosenquote im Euroraum voraussichtlich weiter von 7,6 % in diesem Jahr auf 7,4 % im Jahr 2020 und 7,3 % im Jahr 2021 sinken. In der EU insgesamt wird die Arbeitslosenquote der Prognose zufolge in diesem Jahr auf 6,3 % zurückgehen und sich 2020 und 2021 bei 6,2 % einpendeln.

Inflation bleibt niedrig

Die Inflation im Euroraum hat sich im bisherigen Jahresverlauf verlangsamt, was nicht nur an den sinkenden Energiepreisen, sondern auch daran liegt, dass die Unternehmen die höheren Lohnkosten vorwiegend aus ihren Margen bestritten und nicht an die Kunden weitergegeben haben. Der Inflationsdruck dürfte in den nächsten beiden Jahren gering bleiben. Die Teuerung im Euroraum (harmonisierter Verbraucherpreisindex) wird für dieses und für nächstes Jahr auf 1,2 % veranschlagt, bevor sie 2021 auf 1,3 % ansteigt. In der EU wird in diesem und im nächsten Jahr mit einer Inflation von 1,5 % gerechnet, die sich 2021 auf 1,7 % erhöht.

Öffentliche Schuldenstände sinken im fünften Jahr in Folge, Defizite steigen leicht an

Den öffentlichen Finanzen in Europa dürften weiterhin die überaus niedrigen Zinsen auf Umlaufmittel zugutekommen. Trotz geringeren BIP-Wachstums wird die jährliche Schuldenquote für den Euroraum insgesamt zum fünften Mal in Folge sinken und in diesem Jahr auf 86,4 %, 2020 auf 85,1 % und 2021 auf 84,1 % zurückgehen. Gleiches gilt für die EU, wo sich die Schuldenquote in diesem Jahr auf 80,6 %, 2020 auf 79,4 % und 2021 auf 78,4 % vermindern dürfte.

Die gesamtstaatlichen Finanzierungssalden hingegen dürften sich leicht verschlechtern, da das geringere Wachstum und die etwas lockerere diskretionäre Fiskalpolitik einiger Mitgliedstaaten zu Buche schlagen. Das Defizit des Euroraums insgesamt dürfte sich von seinem historischen Tiefststand von 0,5 % des BIP im Jahr 2018 auf 0,8 % in diesem Jahr, 0,9 % im Jahr 2020 und – unter der Annahme einer unveränderten Politik – 1,0 % im Jahr 2021 erhöhen. Im Ergebnis dürfte der haushaltspolitische Kurs des Euroraums, d. h. die Veränderung des strukturellen Haushaltssaldos aller 19 Euro-Mitgliedstaaten zusammengerechnet, jedoch weitgehend neutral bleiben. Auch in der EU dürfte sich das aggregierte Defizit ausweiten, und zwar von 0,7 % des BIP im Jahr 2018 auf 0,9 % in diesem Jahr, 1,1 % im Jahr 2020 und 1,2 % im Jahr 2021.

Ausblick bleibt überwiegend mit Abwärtsrisiken behaftet

Verschiedene Risiken könnten dazu führen, dass das Wachstum hinter der Prognose zurückbleibt. Sollten die Unsicherheit oder die handels- und geopolitischen Spannungen zunehmen, könnte dies das Wachstum dämpfen, ebenso wie eine unerwartet starke Konjunkturabschwächung in China, sollten die bisherigen politischen Maßnahmen eine schwächere Wirkung entfalten als geplant. Zu den geographisch näherliegenden Risiken zählen ein unregelmäßiger Brexit und die Gefahr, dass die Schwäche des verarbeitenden Gewerbes stärker auf die binnenorientierten Branchen ausstrahlt.

Auftrieb würde das Wachstum hingegen durch eine handelspolitische Entspannung, ein stärkeres Wachstum in China und eine Entschärfung geopolitischer Konflikte erhalten. Dem Wachstum im Euroraum täte es außerdem gut, wenn Mitgliedstaaten mit haushaltspolitischem Spielraum einen expansiveren haushaltspolitischen Kurs einschlagen als erwartet. Alles in allem überwiegen aber die Abwärtsrisiken nach wie vor eindeutig.

Rein technische Annahme für das Vereinigte Königreich

Vor dem Hintergrund des geplanten EU-Austritts des Vereinigten Königreichs beruhen die Prognosen auf der rein technischen Annahme, dass die Handelsströme zwischen der EU-27 und dem Vereinigten Königreich unverändert bleiben. Dies dient einzig und allein Prognosezwecken und lässt das Verfahren nach Artikel 50 unberührt.

Hintergrund

Die Prognose basiert auf einer Reihe technischer Annahmen für Wechselkurse, Zinssätze und Rohstoffpreise mit Stichtag 21. Oktober 2019. Bei allen anderen herangezogenen Daten, auch den Annahmen zu staatlichen Maßnahmen, wurden in dieser Prognose Informationen bis einschließlich 24. Oktober 2019 berücksichtigt. Den Projektionen liegt die Annahme einer unveränderten Politik zugrunde, es sei denn, es wurden glaubwürdig konkrete politische Maßnahmen angekündigt.

Die nächste Prognose der Europäischen Kommission wird die Zwischenprognose im Winter 2020 mit aktualisierten BIP- und Inflationsprognosen sein.

Weitere Informationen

Die Prognose in voller Länge: [Herbstprognose 2019](#)

Vizepräsident Dombrovskis auf Twitter: [@VDombrovskis](#)

Kommissar Moscovici auf Twitter: [@pierre-moscovici](#)

GD ECFIN auf Twitter: [@ecfin](#)

IP/19/6215

Kontakt für die Medien:

[Annika BREIDTHARDT](#) (+ 32 2 295 61 53)
[Enda MCNAMARA](#) (+32 2 296 49 76)

Kontakt für die Öffentlichkeit: [Europe Direct](#) – telefonisch unter [00 800 67 89 10 11](#) oder per [E-Mail](#)

Related documents

[Forecast Tables-DE.pdf](#)
[Forecast Tables-EN.pdf](#)